

Es prüfe genau, auch wer sich nicht binden will

Urs Graf erklärt, warum die Vorabklärungen zu einer Fusion wichtig sind

Der Abstimmungskampf für die Vorabklärungen zu einer Fusion zwischen Unterseen, Matten und Interlaken ist in aller Schärfe entbrannt. Der Interlakner Gemeindepräsident äussert sich, bevor die Botschaft im Grossen Gemeinderat verabschiedet wird. Danach sind ihm die Hände gebunden.



«In einer vereinigten Gemeinde könnten alle direkt bei der Verkehrsführung mitdiskutieren», beschreibt der Interlakner Gemeindepräsident Urs Graf einen der Vorteile, die sich bei der Vorabklärung zur Fusion herauskristallisieren könnten.

Foto: Irene Thali

Beat Kohler: Drei Gemeinden werden über Abklärungen zu einer Fusion auf dem Bödeli abstimmen, aber nur ein Gemeindepräsident gibt nun hier ein Interview. Wie kommt das?

Urs Graf: Es gibt einen Bundesgerichtsentscheid der besagt, dass sich Gemeindeexekutiven nur zurückhaltend in Abstimmungsverfahren einmischen

dürfen. Das heisst, sie dürfen nur orientieren, aber nicht Partei ergreifen. In Interlaken wird die Abstimmungsbotschaft an der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 17. März verabschiedet. Bis zu und an dieser Sitzung erachte ich es als meine Aufgabe, diese Vorlage so zu vertreten, wie ich es für richtig halte. Darum nehme ich hier Stellung. Nach dem 17. März werde ich mich zurückhalten müssen.

Bei der Abstimmung geht es noch nicht um die Fusion, sondern um Vorabklärungen zu einer solchen. Dennoch ist die Stimmung bereits sehr aufgeladen. Kann der Inhalt der Abstimmungsbotschaft überhaupt noch transportiert werden?

Es ist wesentlich, dass die Botschaft genau gelesen wird. Es geht tatsächlich nicht um die Fusion, sondern darum, ob allenfalls Schritte in Richtung einer Fusion gemacht werden sollen. Diese Abklärungen werden die Vor- und Nachteile einer Fusion aufzeigen. Dass dies nun so emotional diskutiert wird, dafür habe ich Verständnis. Einige Einwohner machen sich Sorgen, es gehe um die Existenz ihrer Gemeinde. Andererseits geht es wirklich nur um Vorabklärungen.

«Das dies nun so emotional diskutiert wird, dafür habe ich Verständnis»

In Unterseen, wie auch in Matten sind Komitees, welche die Vorlage bekämpfen, an die Öffentlichkeit getreten. Es scheint die Angst vor

Interlaken umzugehen. Die anderen Gemeinden scheinen sich marginalisiert zu fühlen?

Ich kann das nicht nachvollziehen. Vor allem auch darum nicht, weil es in einem fusionierten Gemeindekonstrukt deutlich weniger Interlakner hat, als Mattner und Unterseener. Den 5400 Interlaknern stehen 5500 Unterseener und 3600 Mattner gegenüber. Unterseen alleine hat also mehr Einwohner als Interlaken. Das ist genau der Vorteil unserer Ausgangslage. Es ist nicht eine Gemeinde dominierend. Drei Gemeinden könnten – und das ist mir ganz wichtig – eine neue Gemeinde gemeinsam konstruieren.

«Drei Gemeinden könnten – und das ist mir ganz wichtig – eine neue Gemeinde gemeinsam konstruieren»

Offenbar fühlen sich aber die Nachbargemeinden in ihrer Souveränität eingeschränkt, wenn der GGR Interlaken beispielsweise über eine verkehrsfreie Bahnhofstrasse diskutiert, deren Auswirkungen insbesondere in Unterseen zu spüren wären. Laufen die Dinge da falsch?

Genau dieses Beispiel zeigt, warum man prüfen muss, ob man sich zu einer Gemeinde zusammenschliessen will. In der Tat hat die Verkehrsführung an der Bahnhofstrasse, aber auch über den Höweg Auswirkungen auf Unterseen und in geringerem Mass auch auf Matten. In einer vereinigten Gemeinde könnten alle direkt bei dieser Verkehrsführung mitdiskutieren. Stellen sie sich vor, in der Stadt Bern müsste das Länggassequartier für sich alleine eine Verkehrspolitik definieren. Das würde wohl zu kaum lösbaren Verkehrsproblemen für den Siedlungsraum Bern führen. Auch wir sind ein einziger Siedlungsraum. Deshalb sollten alle Betroffenen auch zu Beteiligten werden, insbesondere um solche Fragen zu lösen. Interlaken hat sich in jüngster Zeit grosse Mühe gegeben, bei allen möglichen Veränderungen die Nachbargemeinden einzubeziehen. Am besten miteinbezogen wären alle drei Gemeinden aber in einer gemeinsamen, neuen Gemeinde.

Zurück zu den Emotionen. Damit die Abstimmung eine Chance hat, müsste die Diskussion wahrscheinlich nüchterner und faktenorientierter werden. Wie kann die Vorlage zurück auf die Sachebene gebracht werden?

Ich möchte tatsächlich nicht eine emotionale, sondern eine rationale Diskussion. Es gibt Mattner und Unterseener, die Angst haben ihr Dorf, respektive ihre Stadt, zu verlieren. Ich glaube allerdings, dass ein Wengener (Gemeinde Lauterbrunnen) oder ein Merliger (Gemeinde Sigriswil) genauso starke Heimatliebe empfinden, wie ein Mattner, Interlakner oder Unterseener. Ganz unabhängig davon, zu welcher politischen Einheit diese Dörfer gehören. Ich finde es positiv, dass Menschen die Verbundenheit mit ihrem Dorf oder ihrem Stedtli leben. Das hat aber nicht viel mit dem dahinter stehenden politischen Konstrukt zu tun. Ein Wengener würde sich wahrscheinlich kaum als Lauterbrunner bezeichnen. Man könnte auch in einer politisch vereinten Gemeinde ohne Weiteres noch Stedtler oder Mattner sein. Das ist mir auch sehr sympathisch.

«Man könnte auch in einer politisch vereinten Gemeinde ohne Weiteres noch Stedtler oder Mattner sein»

Haben sich die Fusionsbefürworter ins eigene Bein geschossen, indem sie sehr früh mit einer breiten Kampagne begannen und damit die Gegner schon

bei den Abklärungen, um die es eigentlich nun gehen sollte, aufgeschreckt haben?

Ich denke nicht. Die Abwehrhaltung wäre so oder so aufgetaucht. Aber ich hoffe, dass trotz unterschiedlicher Meinungen der gegenseitige Respekt in den Diskussionen nicht verloren geht.

Der Unterseener Gemeinderat hat Stimmfreigabe beschlossen und Gemeindepräsident Simon Margot hat sich dem Komitee gegen die Abklärungen angeschlossen. In Matten wird sich das gegnerische Komitee kommende Woche vorstellen. Wenn die politischen Spitzen der drei Gemeinden nicht alle für diese Abklärungen einstehen, hat die Vorlage an der Urne überhaupt eine reale Chance?

Was die Gemeinderäte von Matten und Unterseen beschliessen, dazu kann und will ich mich nicht äussern. Ich hoffe aber, dass die Vorlage eine reale Chance bekommt und dass die Bürgerinnen und Bürger aller drei Gemeinden diese Abklärungen machen wollen. Danach können sie auch rational über das Thema Fusion diskutieren.

«Ich hoffe aber, dass die Vorlage eine reale Chance bekommt»

Und bei einer Ablehnung, wird dann das Thema Fusion beerdigt und kommt zumindest für das kommende Jahrzehnt nicht mehr auf die Traktandenliste?

Genau das wäre die Konsequenz. Wenn zwei von drei Gemeinden ablehnen, dann ist die Fusion mindestens für die kommenden zehn Jahre kein Thema mehr.

Aus Ihrer persönlichen Sicht: Welche Chancen würde man damit verpassen?

Interlaken, Matten und Unterseen sind alles gesunde Gemeinden, die genug gross sind, um eigenständig zu bleiben. Wenn sie nicht zu einer Siedlungsfläche zusammengebaut wären, würde man sicher auch nicht über eine Fusion sprechen. Weil sie aber zusammengebaut sind, und weil sie in so vielen Dingen schon jetzt zusammenarbeiten, muss man prüfen, ob nicht der nächste Schritt vernünftig wäre: die Fusion. Die grössten Fehler werden heute in der Raumplanung gemacht. Wäre IMU eine Gemeinde, könnte viel sorgfältiger mit dem Boden umgegangen werden, als das heute getan wird. Unsere nachfolgenden Generationen werden uns fragen, warum wir so grosszügig mit diesem knappen Gut Boden umgegangen sind. Heute werden beispielsweise überall Gewerbezone errichtet und wir können diese nicht konzentriert an einem Ort zusammenfassen. Hier könnten gemeinsam bessere Lösungen gefunden werden. Synergien zu finden, ist ja das Ziel dieser Abklärungen.

«Die grössten Fehler werden heute in der Raumplanung gemacht»

Wie könnte sich die Zusammenarbeit in einer fusionierten Gemeinde gegenüber heute sonst noch verbessern?

Dazu ein Beispiel aus Davos. In dieser Gemeinde leben 11'000 Einwohnerinnen und Einwohner, also weniger als in IMU. Wie das Bödeli ist auch Davos stark vom Tourismus abhängig, weshalb man beschlossen hat, sich nach einem zweiten Standbein umzusehen, falls der Tourismus einbricht. Schliesslich beschloss die Gemeinde, zu versuchen, Unternehmen aus dem Bereich der alternativen Energien anzusiedeln. Innerhalb kurzer Zeit schuf man eine Stelle, die sich dieser Ansiedelung annimmt. Dank der Finanzkraft von Davos kann dies auch finanziert werden. Das wäre mit IMU sicher auch möglich. Allerdings würden die Diskussionen und der Weg durch die verschiedenen zuständigen Kommissionen rund zwei Jahre in Anspruch

nehmen. In einem Kompromiss würde auch kaum eine volle Stelle geschaffen. Ich fürchte, dass wir mit den bisherigen Zusammenarbeitsformen den Anschluss gegenüber anderen, ähnlich gelagerten Siedlungsgebieten verlieren könnten, weil wir zu stark mit den Prozessen unter den Gemeinden auf dem Bödeli beschäftigt sind.

Zurück zur Raumplanung. Auch die Regionalkonferenz soll sich damit befassen und gemeindeübergreifende Lösungen vorgeben. Kann nicht diese neue Organisation heutige Probleme lösen helfen?

Alle Aufgaben, die man den Gemeinden wegnimmt, führen tendenziell zu einer Entdemokratisierung. Wenn eine Gemeinde die Raumplanung an die Hand nehmen kann, dann wird das Volk auf jeden Fall etwas dazu sagen können. Wenn man die Raumplanung – aber auch andere Aufgaben – der Gemeinde wegnimmt, dann hat das Volk in aller Regel kein Mitspracherecht. Darum ist eine Gemeinde, die viele Aufgaben selber erfüllt, eine viel demokratischere Gemeinde als eine, die viele Aufgaben an Verbände oder übergeordnete Organisationen abgibt. Ich glaube auch, dass das heutige System der Zusammenarbeit in den IMU-Gemeinden letztlich weniger demokratisch ist, als dies in einer fusionierten Gemeinde der Fall wäre. Oft ist es heute nicht möglich, über Formulierungen zu debattieren, weil diese bereits einen Kompromiss aus einer interkommunalen Kommissionsarbeit darstellen.

Aber die Zusammenarbeit in den letzten Jahren klappte gut?

Es ist richtig, dass wir gut zusammenarbeiten. Das ist aber mit einem hohen persönlichen Aufwand der Beteiligten und mit finanziellem Aufwand verbunden. Das funktioniert nur gut, weil wir uns persönlich gut verstehen. Doch solche Konstellationen sind nicht garantiert.

Könnte sich – quasi als Kollateralschaden der Abstimmung vom 17. Mai – diese Beziehung verschlechtern?

Ich glaube nicht. Wir drei Gemeindepräsidenten sind professionell genug, dass dies nicht geschehen wird.

Bevor das Interlakner Volk über die Fusionsabklärungen abstimmen kann, muss nun zuerst der Grosse Gemeinderat diesem Vorgehen noch zustimmen. Sind Sie für diese Abstimmung zuversichtlich?

Ich bin zuversichtlich, dass der GGR dasselbe Vorgehen will, wie in Matten und Unterseen, nämlich eine Volksabstimmung.

Nach dieser Entscheidung werden Sie als Mitglied einer Gemeindeexekutive nicht mehr direkt in den Abstimmungskampf eingreifen können. Wer muss hier die Führungsrolle übernehmen, damit auf einer Sachebene diskutiert werden kann?

Ich bedaure die eingangs erwähnte Bundesgerichtspraxis ausserordentlich. Mir scheint sie wirklichkeitsfremd. In einer Gemeinde muss die Exekutive Vorlagen auch kämpferisch vorbringen können. Das gilt nicht nur für diese Vorlage. Der Gemeinderat hat immerhin noch die Möglichkeit der Information, wenn auch nicht bei kontradiktorischen Veranstaltungen. Der Gemeinderat wird sicher dann informierend in den Abstimmungskampf eingreifen, wenn falsche Behauptungen im Raum stehen. Ansonsten ist die Meinungsbildung aber den politischen Parteien überlassen und in Interlaken speziell den Parlamentariern. Persönlich wünschte ich mir eine rationale Diskussion in allen drei Gemeinden mit gegenseitigem Respekt für Andersdenkende.